

Tschechische Republik

Volker Weichsel

Das Jahr 2009 hätte zur europapolitischen Sternstunde der Tschechischen Republik werden sollen. Es geriet zum Fiasko. Zum Jahresanfang 2009 übernahm Tschechien die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union, zum Jahresende steht das Land isoliert da: Ende März war die Regierung gestürzt, so dass die Ratspräsidentschaft bereits nach der halben Amtsperiode lahmgelegt war. Zudem blockierte eine Handvoll Politiker um Europas berühmtesten EU-Skeptiker, den tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus, das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon. Das Vertrauen in die tschechische Politik ist in Brüssel auf dem Nullpunkt angelangt.

Skepsis, Stärken, Scheitern: Die Ratspräsidentschaft

Am 1. Januar 2009 übernahm die Tschechische Republik von Frankreich die EU-Ratspräsidentschaft. Prag schlug von Beginn an großes Misstrauen aus dem Munde westeuropäischer Politiker und Medien entgegen. Nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008 waren die Erwartungen an Brüssel in die Höhe geschneit. Diese schien ein Land mit zehn Millionen Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von 217 Milliarden US-Dollar (2008, nominal) nicht erfüllen zu können. Eine große Rolle spielte auch, dass in Paris, Berlin und London mit dem Beginn der Krise die Stunde der Staatsintervention geschlagen hatte, während die in Prag amtierende Mitte-Rechts-Regierung an ihrer liberalen Wirtschaftspolitik festhielt und die Stärkung des EU-Binnenmarkts zu einer der Prioritäten für die Präsidentschaft erklärte. So dachte Prag bereits wieder über die Konsolidierung der nationalen Haushalte nach und pochte auf die Wettbewerbsregeln, als einige EU-Staaten sich mit großen Konjunkturprogrammen gerade erst über die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts hinweggesetzt hatten.

Neben der Wirtschaftspolitik setzte die tschechische Ratspräsidentschaft eine zweite Priorität bei der Energiepolitik. Hier ging es Prag um Energiesicherheit, die in erster Linie durch eine Diversifizierung der Bezugsstaaten sowie durch die Erschließung neuer Transitroutes erreicht werden sollte. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine um Gaslieferungen und Transitgebühren, der Anfang Januar 2009 mehrere östliche EU-Staaten für fast zwei Wochen weitgehend von der Erdgasversorgung abschnitt, rückte das Thema Energiesicherheit dann rasch auf Platz 1 der europapolitischen Agenda. Als Vermittler zwischen Moskau und Kiew trug Prag dazu bei, dass die Konfliktparteien sich einigten. Nach diesen Erfahrungen setzte sich die tschechische Ratspräsidentschaft noch intensiver und mit Erfolg für den Bau der Nabucco-Pipeline ein, über die Erdgas aus Lagerstätten im Kaspischen Meer über die Türkei und Südosteuropa in die EU gelangen soll.

In diesem Zusammenhang stand auch die dritte Priorität der tschechischen Ratspräsidentschaft: die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik, der das Hauptaugenmerk in dem allgemeiner gefassten Aufgabenschwerpunkt „Europa in der Welt“ galt. Prag setzte sich sowohl für die Einbindung der südosteuropäischen Staaten in die EU als auch für die Anbindung der osteuropäischen Staaten an die Union ein. Bereits 2008 hatte sich Prag an

die polnisch-schwedische Initiative für eine „Östliche Partnerschaft“ angehängt, mit der die EU politische und wirtschaftliche Reformen in ihren östlichen Nachbarstaaten anstoßen will. Allerdings hat die Tschechische Republik keine gemeinsame Grenze mit der Ukraine und Belarus und beide Staaten liegen in einem Raum, mit dem das Land anders als Polen nicht durch enge kulturhistorische Gemeinsamkeiten verbunden ist. Auch ist die Furcht vor einer erneuten imperialen Ausdehnung Russlands in Prag bei weitem nicht so ausgeprägt wie in Warschau, so dass sicherheitspolitische Erwägungen als Motiv für die Arbeit an einer Westbindung der Ukraine keine große Rolle spielen. Schließlich gibt es in einigen tschechischen Parteien Kräfte, die eher nach Moskau denn nach Kiev blicken und den alten Protektor nicht verärgern wollen. So hat Prag zwar die „Östliche Partnerschaft“ unterstützt und vorangetrieben, gehört aber gleichwohl nicht zu den wichtigsten Anwälten der Ukraine oder von Belarus in der EU.

Insgesamt leistete die tschechische Diplomatie in den ersten Monaten der Präsidentschaft eine solide Arbeit. Dann jedoch brach das Unglück über das Team in der ständigen Vertretung der Tschechischen Republik in Brüssel und im Prager Amt für Europäische Angelegenheiten herein: Nach vier erfolglosen Versuchen gelang es der sozialdemokratischen CSSD im Verbund mit den Kommunisten von der KSCM sowie vier Überläufern, die von der national-liberalen ODS, der christsozialen KDU-CSL und den tschechischen Grünen gestellte Regierung aus dem Amt zu jagen. Nachdem die Diplomaten ihrer politischen Führung beraubt worden waren, wurde ihre Arbeit kaum mehr ernst genommen. Exemplarisch zeigte sich dies bei einem Ministerratstreffen Ende April, zu dem 20 EU-Staaten statt des Ministers nur untergeordnete Beamte schickten.

Rote Laterne: Tschechien und der Vertrag von Lissabon

Die Tschechische Republik hatte sich lange Zeit gelassen. Erst Mitte Februar 2009 begann sie – als letzter aller EU-Staaten – mit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon mit der Abstimmung im Abgeordnetenhaus. Die juristischen und politischen Voraussetzungen waren erst Ende 2008 geschaffen worden. Im November hatte das Verfassungsgericht in Brünn eine aus dem tschechischen Senat eingereichte Verfassungsklage abschlägig beschieden, in der sechs Elemente des Vertrags von Lissabon als unvereinbar mit der tschechischen Verfassung bezeichnet worden waren (u.a. die Passerelle-Regelung, Art. 48 Abs. 7; und die Flexibilitätsklausel, Art. 308 Abs. 1). Im Dezember 2008 gewann dann der seit 2002 amtierende Parteivorsitzende Mirek Topolánek eine Kampfabstimmung über den Parteivorsitz gegen den Prager Bürgermeister Pavel Bém, der dem euroskeptischen Staatspräsidenten Václav Klaus nahesteht. Im Amt bestätigt und gestärkt, konnte Topolánek knapp die Hälfte der 79 ODS-Parlamentarier im tschechischen Abgeordnetenhaus auf seinen Kurs einer Zustimmung „nicht mit dem Herzen, aber mit dem Kopf“ einschwören. Die Sozialdemokraten stimmten ebenso wie die beiden kleinen Parteien der Regierungskoalition, die KDU-CSL und die Grünen, geschlossen für den Vertrag, die Kommunistische Partei bei einer Enthaltung dagegen.

Nun stand aber noch die Ratifizierung durch den Senat aus. In der zweiten Kammer war jener Flügel der ODS noch stärker als im Abgeordnetenhaus, der mit dem Vertrag von Lissabon endgültig den gefürchteten europäischen Superstaat heraufdräuen sah, der die Tschechische Republik der Kernelemente ihrer nationalen Souveränität beraube. Entsprechend groß war die Erleichterung in Brüssel, als Anfang Mai 12 der 33 Senatoren der ODS

mit den Sozialdemokraten, den Christsozialen und einer Reihe unabhängiger Senatoren für den Vertrag stimmten, so dass die parlamentarische Ratifizierung abgeschlossen war.

Damit war es aber noch lange nicht getan. Denn nun reichten jene Senatoren der ODS, die gegen den Vertrag gestimmt hatten, eine zweite Verfassungsklage ein. Das Verfassungsgericht hatte in seinem Urteil explizit darauf hingewiesen, dass es nur die Vereinbarkeit der monierten Artikel mit der Verfassung, nicht aber den Vertrag als ganzes geprüft habe. Die nun formulierten Einwände waren so weitreichend, dass das Urteil bei einer ernsthaften Prüfung zu einem grundlegenden verfassungsrechtlichen Dokument über das Staatsverständnis der Tschechischen Republik sowie über das Wesen der Europäischen Union geworden wäre. Dazu sollte es allerdings nicht kommen. Zu knapp war die Zeit, die den Brünner Richtern blieb, zu groß der politische Druck, der auf ihnen lastete – vor allem nachdem die Iren Anfang Oktober dem Vertrag von Lissabon in einem zweiten Anlauf zugestimmt hatte und die Tschechische Republik diesen nunmehr als einziger Staat noch nicht ratifiziert hatte. Zur Farce geriet die Überprüfung aber auch deswegen, weil Präsident Klaus, dessen Unterschrift unter der Ratifikationsurkunde noch fehlte, alles tat, um das Verfassungsgericht ins Abseits zu drängen. Zwar verwies er darauf, dass er zur Unterschrift erst berechtigt sei, wenn das Verfahren in Brunn zum Abschluss gekommen ist. Dann lenkte er jedoch die Aufmerksamkeit aller Europapolitiker von Lissabon bis Helsinki auf seine Person, in dem er eine Zusatzforderung erhob, ohne deren Erfüllung er auch nach einem positiven Bescheid des Verfassungsgerichts den Vertrag nicht unterzeichnen würde. Klaus verlangte, dass die EU in einer gesonderten Erklärung die Geltung der Grundrechtecharta für die Tschechische Republik aufhebt, wie sie es schon für Polen und Großbritannien getan hatte. Andernfalls drohe, so Klaus, die Gefahr, dass Klagen gegen die Nachkriegsenteignungen der Sudetendeutschen die Eigentumsordnung der Tschechischen Republik gefährdeten. Obwohl Klaus' Forderung in Brüssel als vorgeschoben interpretiert wurde – eine Einschätzung, die verkennt, dass das Misstrauen gegenüber Deutschland den Dreh- und Angelpunkt des tschechischen Euroskeptizismus bildet –, taten die Staats- und Regierungschefs seiner Forderung rasch Genüge. Als Klaus sich damit zufrieden gab – nicht ohne weiter seine tiefe Sorge über die Folgen des Vertrags von Lissabon zu bekunden – war die Entscheidung des Verfassungsgerichts nur noch eine Formsache. Anfang November machte es den Weg für die Vertiefung der Integration frei.

Gespaltene politische Elite

Das Jahr 2009 hat erneut die tiefe Gespaltenheit der tschechischen politischen Elite offenbart. Die Kommunisten von der KSCM gerieren sich in Fragen der europäischen Ordnung (EU, NATO) zwanzig Jahre nach dem Umbruch von 1989 noch immer als Anti-System-Partei. Gleichwohl verfügen sie über ein stabiles Wählerklientel. Kaum weniger skeptisch gegenüber supranationaler Integration sind Teile der ODS, die der KSCM allerdings innenpolitisch diametral entgegensteht. Der langjährige Parteivorsitzende Klaus, der auch nach seiner Ablösung 2002 weiter großen Einfluss hatte, zeigt sich seit den militärischen Interventionen der USA in den Balkankriegen der 1990er Jahre sogar kritisch gegenüber Washington und begann in den letzten Jahren, immer offener mit Moskau zu liebäugeln. Nun scheint er den Bogen aber überspannt zu haben. Unter Topolánek hat 2009 jener Flügel der Partei die Oberhand gewonnen, der auf eine enge Anlehnung an die USA setzt und bei aller Skepsis gegenüber der Delegation staatlicher Souveränität nach Brüssel eine pragmatische Europapolitik betreibt. Ob diese Machtverschiebung Bestand haben wird, muss sich erst

noch zeigen, haben doch die tschechischen Atlantiker 2009 einen herben Rückschlag hinnehmen müssen: Im September 2009 gab US-Präsident Barack Obama die Pläne zur Stationierung einer Raketenabwehr in Ostmitteleuropa auf. Die seit 2007 geplante Radarstation auf dem mittelböhmischen Truppenübungsplatz Brdy, die transatlantisch orientierten tschechischen Sicherheitspolitikern als Garantie für amerikanischen Beistand im Falle eines Angriffs galt, wird nicht errichtet werden.

Dies nahmen die Sozialdemokraten von der CSSD mit Genugtuung zur Kenntnis, hatten sie doch die Raketenabwehrpläne gemeinsam mit den Kommunisten bekämpft. Ob die Partei, die sich als *die* proeuropäische Kraft der Tschechischen Republik ausgibt, allerdings ein tragfähiges Alternativkonzept hat, darf bezweifelt werden. Die europapolitische Verantwortungslosigkeit, die sie unter ihrem Vorsitzenden Jirí Paroubek zeigte, als sie mitten in der Ratspräsidentschaft die Regierung stürzte, spricht dagegen. Jene beiden Kräfte, die tatsächlich seit vielen Jahren die Fortentwicklung des europäischen Staatenverbunds konstant befürworteten, sind 2009 geschwächt worden. Die Christsozialen haben nach einem innerparteilichen Richtungsstreit eine Reihe profilierter Mitglieder und Funktionsträger verloren. Im Senat ist ihnen dadurch der Fraktionsstatus abhanden gekommen. Die Grünen, die in den vergangenen Jahren zum wichtigsten Vertreter des tschechischen politischen Liberalismus aufgestiegen waren, haben sich gar gespalten. Ob die neue Partei TOP 09 Erfolg haben wird, ist ungewiss. Fest steht, dass Abwanderung, Parteispaltung, und Parteineugründung das Lager der tschechischen Integrationsbefürworter geschwächt haben.

Die Tschechische Republik in der Krise?

Die Tschechische Republik hatte sich resistent gegen die populistische Welle gezeigt, die Ostmitteleuropa nach der Osterweiterung der EU ergriffen hatte. Seit 2009 präsentiert sich allerdings auch sie in schlechter Verfassung. Grund ist nicht die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. In dieser hält sich die Tschechische Republik im europäischen Vergleich gut. Zwar ist wie überall die Wirtschaftsleistung eingebrochen und die Arbeitslosigkeit gestiegen (von 5% 2008 auf 8,5% im Oktober 2009). Auch hatte die tschechische Krone starke Verluste zu verzeichnen. Doch von einem Staatsbankrott, wie er den baltischen Staaten und Ungarn drohte, ist Tschechien weit entfernt. Womit die Republik vielmehr kämpft, ist die Krise ihrer politischen Klasse. Diese zeigt sich bislang nicht am Aufstieg populistischer Kräfte. Im Gegenteil: Die Parteien haben sich in Ränkespielen verheddert und die Verantwortung an die Bürokratie abgegeben. Seit Mai 2009 amtiert eine Beamtenregierung unter dem Leiter des tschechischen Statistikamts Jan Fischer. Die für den Herbst angesetzten Neuwahlen hat das Verfassungsgericht nach einer Klage für unzulässig erklärt. Demokratie, an deren Mangel nach Meinung der tschechischen Euroskeptiker vor allem die EU kranke, sieht anders aus.

Weiterführende Literatur

Reinhold Vetter: Durchwachsen. Bilanz der tschechischen EU-Präsidentschaft, in: Osteuropa, 9/2009, S. 77-94

Lukas Pachta: Sinusoidal Czech Presidency – Underestimated, Successful, ... and Paralysed, <http://www.europeum.org/doc/pdf/906.pdf>.

Ivo Slosarčík: The Treaty of Lisbon & the Czech Constitutional Court: Act II. CEPS Policy Brief 197, 27 Oktober 2009.